

Neuer Kulturkampf: Welche Schweiz wollen wir?

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich das Selbstverständnis der Schweiz und ihr Bild im Ausland mehr und mehr verändert. Der Wandel vollzog sich in einer für die Schweizer Geschichte einmaligen Häufung von Auseinandersetzungen und Entscheiden zur Asyl-, Ausländer- und Europapolitik. Sie reihten sich zu einem Dauerwahlkampf, in dem auf dem medienwirksamen Spannungskreuz „Volk gegen Elite“ und „Einheimische gegen Fremde“ Stimmung gemacht wird. Dabei hat die Schweiz in der Vorstellung einer Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger die Gestalt einer Insel angenommen, an deren Gestade alle möglichen Übel der Welt anbränden und die Insel zu vergiften drohen. Sie ist im Begriff, sich in einen verstockten Nationalismus, eine neue Kleingeistigkeit und eine gefährliche Weltfremdheit zurückzuziehen. Dabei haben Staatsverständnis und Rechtsstaatlichkeit, aber auch die politische Kultur, Konkordanz und Kollegialität, Schaden genommen.

Die Schweiz ist engstirniger und ihrer humanistischen Tradition untreu geworden. Statt Integrations- und Migrationspolitik betreibt sie eine hilflose und weitgehend symbolische Abschottungspolitik. Sie sitzt einem plumpen Antietatismus auf, der die Institutionen unseres Rechtsstaats diskreditiert, und hat es gleich mehrfach geschafft, einen Widerspruch zwischen Menschenrechten und Demokratie zu kreieren, obwohl es ohne Menschenrechte keine Demokratie geben kann.

Gleichzeitig hat die Schweiz ihre Steuer- und Standortpolitik für Holdings, Briefkastenfirmen, Steuerhinterzieher und Superreiche auf die Spitze getrieben und den Missbrauch des Bankgeheimnisses auf Kosten ihrer Nachbarn und Verbündeten über Jahrzehnte geduldet. Das Ende der Schweiz als ein mit unfairen Mitteln arbeitendes Steuer- und Standortparadies hat begonnen. Die Schweiz ist ins Abseits geraten und muss sich dem Druck ihrer wichtigsten Handelspartner beugen. Ihre Offshore-Politik ist gescheitert.

Leider ist die Schweiz aus ihrem Schaden nicht klug geworden. Sie begegnet dem ausländischen Druck mit hartnäckigem Unverstand. Die Gegenwehr der anderen hat ihre Fixierung auf die eigenen Interessen und ihre Blindheit für die Anliegen der andern nur noch verstärkt. Ursache und Wirkung werden systematisch verwechselt. Anstatt vor der eigenen Tür zu wischen, erlebt sich die Schweiz als rundum bedroht. Ihre Scheuklappen sind grösser, nicht kleiner geworden.

Der Mehrheitsentscheid bei der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar bedeutet nun eine Zäsur. Der Bilateralismus und damit die mit Mühe und Aufwand erreichte Einbettung der Schweiz in Europa stehen vor dem Ende. Wie aus dem Fahrplan des Bundesrates für die Umsetzung der Initiative und die Verhandlungen mit der EU hervorgeht, haben wir im Jahr 2016 zu entscheiden, ob wir uns an heutigen Problemen orientieren und gemeinsame Lösungen mit unseren Nachbarn und Verbündeten finden wollen – wie es den offeneren Traditionsbeständen unserer Geschichte entspricht – oder ob wir uns weiter isolieren wollen. Denn beides, die

Aufrechterhaltung der bilateralen Verträge und die Aufkündigung ihres Herzstücks, der Personenfreizügigkeit, ist nicht zu haben. Die EU kann der Diskriminierung einzelner Mitgliedstaaten nicht zustimmen, ohne ihre Grundlagen in Frage zu stellen. Deshalb muss die Aufkündigung der Personenfreizügigkeit unsere ökonomische und politische Einbettung in Europa gefährden. Entgegen ihrer Propaganda war dies der SVP schon bei Lancierung der „Masseneinwanderungsinitiative“ klar. Im Nachhinein bekennt sie nun Farbe und wendet sich mit einer „Durchsetzungsinitiative“ direkt gegen die Personenfreizügigkeit.

In der Abstimmung im Jahr 2016 geht es nicht bloss um ökonomische Aspekte der Bilateralen und Fragen der wirtschaftlichen Integration der schweizerischen Volkswirtschaft im europäischen Raum. Es geht um die Schweiz der Zukunft; die Frage, welche Schweiz wir wollen. Um einen Kulturkampf, in dem sich die Vertreter der Scheuklappen-Schweiz und die Befürworter einer weltoffenen, humanitären Schweiz gegenüberstehen. Um den Entscheid darüber, ob wir, entgegen unserer reichen Erfahrung, das Glück in einer nebulösen Inselfschweiz suchen wollen oder in der Mitwirkung an der gemeinsamen Lösung übergeordneter Probleme.

I. Isolierte Scheuklappen-Schweiz oder weltoffene, humanitäre Schweiz?

Kulturkämpfe leben von klaren Positionen. Der SVP ist es gelungen, im Rückgriff auf die Mythen des 19. Jahrhunderts ein rückwärtsgerichtetes Gemeinschaftsverständnis zu zimmern und damit das Orientierungsvakuum nach dem Kalten Krieg zu füllen und die Angst vor der wirtschaftlichen Globalisierung zu dämpfen. Dass für die Schweiz des 21. Jahrhunderts kein tragfähiges anderes Selbstverständnis entwickelt wurde, hat seinen Grund im Versagen der anderen politischen Kräfte in der Schweiz. Nun gilt es, die Scheuklappen-Schweiz der weltoffenen, humanitären Schweiz gegenüberzustellen.

Denn Heimatverherrlichung und Fremdenfeindlichkeit, Absage an internationale Kooperationen und die Bewirtschaftung eines konstruierten Gegensatzes von Demokratie und Rechtsstaat führen zu Blockaden und zur Abschottung. Sie lähmen die Handlungsfähigkeit des Staates und schwächen das Gemeinwesen sowohl aussen- und innenpolitisch als auch wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell. Gleichzeitig fördert der Antietatismus die Ungleichheit und zehrt an der Legitimation des demokratischen Rechtsstaats.

Im Gegensatz dazu steht der Club Helvétique für eine weltoffene Schweiz, die der gemeinsamen Lösung übergeordneter Probleme verpflichtet ist; für eine Schweiz, die für die Menschenrechte eintritt und sie durchsetzt; für eine politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell vernetzte und kompetitive Schweiz und zugleich für eine sozial- und fiskalpolitisch faire Schweiz.

Worauf beruhen diese zwei Schweizen?

Scheuklappen-Schweiz

1. Das gute Volk und die böse Elite: Entbürgerlichung

Ideologisch lebt die Scheuklappen-Schweiz vom uralten Mythos eines einfachen, aufrichtigen und rechtschaffenen Volkes, das sich stets gegen Fremde und die Herrschaft von Eliten wehren musste. Dieses Volk setzt sich zusammen aus einzelnen, die sämtliche ihres eigenen Glückes Schmied und in der klassischen Kleinfamilie zuhause sind. Das Böse kommt von oben und von aussen. Es versucht, das gute Volk zu verführen, auszunützen, zu belügen und zu betrügen.

Eigentlich wissen wir alle: An diesem Mythos ist alles falsch. Eliten und Fremde sind nicht einfach böse und das Volk ist nicht einfach gut. Das Zuhause ist längst nicht immer die klassische Familie und diese nicht unbedingt eine Wiege der Demokratie. Wir sind nicht schlechterdings selbst schuld an unserem Glück oder Unglück; es gibt ungleiche Chancen und ungleiche Schicksale – Migration aus der Armut, Flucht vor politischer Verfolgung, Kriege, Krisen, Arbeitslosigkeit, die nicht alle und nicht alle gleich treffen.

Wer das Politische auf das Spannungskreuz „Volk gegen classe politique“ und „Einheimische gegen Fremde“ reduziert und überall Sozialschmarotzer ausmacht, schafft Themen für eine Empörungsbewirtschaftung, welche die liberale Schweiz längerfristig zerstört und ihre staatlichen Institutionen diskreditiert. Die Reduktion des Politischen auf dieses Spannungskreuz ist das Merkmal aller rechtspopulistischen Kräfte in Europa, von der „Lega Nord“ in Italien bis zu den „Wahren Finnen“, vom „Front National“ in Frankreich bis zur „Fidesz“ in Ungarn. Allerdings handelt es sich bei diesen Gruppierungen um neue Parteien. In der Schweiz aber wurden die rechtspopulistischen Inhalte in eine traditionell bürgerliche Partei abgefüllt, weshalb ihre immer stärkere Abweichung von liberalen Grundsätzen, ihre „Entbürgerlichung“, offenbar weniger wahrgenommen wird.

2. Eine Demokratie ohne Grund- und Menschenrechte schafft sich selber ab

In der Scheuklappen-Schweiz soll allein „das Volk“ das Sagen haben. Eine Abstimmungsmehrheit soll ohne irgendeine Schranke bestimmen, wer welche Rechte hat und insbesondere, wer davon ausgenommen wird. Der „demokratische Entscheid“ soll gelten, auch wenn er Grund- und Menschenrechte verletzt. Diese Haltung hat in mehreren Volksabstimmungen und insbesondere im Ausländerrecht Oberhand gewonnen. Mit der „Verwahrungsinitiative“ 2004, der „Unverjährbarkeitsinitiative“ 2008, der „Minarettinitiative“ 2009, der „Ausschaffungsinitiative“ 2010 und auch mit der „Pädophileninitiative“ 2014 haben wir Grundrechtswidersprüche in unsere Verfassung aufgenommen.

Die Grund- und Menschenrechte, die in der Bundesverfassung und in der europäischen Menschenrechtskonvention garantiert sind, gelten gleichermassen für alle Menschen. Sie sind „allgemeingültig“. Sie gründen in der Überzeugung,

dass alle Menschen, unabhängig von ihren Unterschieden, gleichen Wert, eine gleiche „Würde“ und deshalb auch gleiche Rechte haben. Auch die Demokratie stellt auf die Gleichheit der Menschen ab und leitet daraus ein allgemeingültiges Recht auf politische Teilhabe ab. Insofern sind Rechtsstaat und Demokratie untrennbar miteinander verbunden.

Eine Politik, die dem „Volk“ alle Rechts- und so auch Unrechtsmacht einräumt, setzt die Grund- und Menschenrechte aufs Spiel. Sie rechtfertigt eine uneingeschränkte Herrschaft exklusiver Mehrheiten; eine Herrschaft, die Ungleichbehandlung vorsehen und den Grundsatz „gleicher Rechte“ verletzen kann. Damit untergräbt sie das Fundament, worauf der Rechtsstaat, aber auch die Demokratie errichtet ist. Denn auch die Demokratie gewinnt ihre Legitimation nicht allein aus gleichen Teilhaberechten, sondern auch aus Rechtsgleichheit und Menschenrechten für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Zur Demokratie gehört untrennbar der Rechtsstaat. Damit die Volksherrschaft nicht in Willkürherrschaft abrutscht, wird die Staatsgewalt seit Montesquieu – und so auch in unserer Bundesverfassung – auf die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt aufgeteilt. Auch die gesetzgebende Gewalt darf die Grund- und Menschenrechte nur beschneiden, wenn dies zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung als notwendig und im Verhältnis zur potentiellen Gefährdung dieser Ordnung als angemessen erscheint. Damit die Grund- und Menschenrechte gewährleistet sind, muss die Einschränkung individueller Freiheiten von einer unabhängigen Instanz im Einzelfall insbesondere auf ihre Verhältnismässigkeit überprüft werden können. Die Volksinitiativen der letzten Jahre haben die unabhängige Überprüfung und die sorgfältige Interessenabwägung durch Automatismen ersetzt, welche die Rechtsanwendung im Einzelfall durch unabhängige Richter verhindern wollen. Sie verletzen damit rechtsstaatliche Garantien.

Wer die Demokratie verabsolutiert, ermöglicht exklusiven Mehrheiten, beliebig in die Grund- und Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger einzugreifen und über Volksinitiativen die verfassungsmässigen Grundsätze der Gleichbehandlung und der Verhältnismässigkeit auszuhebeln. Die Totaldemokratie ist tendenziell totalitär. So wird Volksherrschaft zur Willkürherrschaft. Die Demokratie unterhöhlt ihr Fundament und schafft sich letztlich selber ab. Wir entfernen uns damit nicht nur von unseren eigenen Traditionen, den Garantien des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats, sondern müssten folgerichtig auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) aufkündigen und den Europarat verlassen. Immerhin fänden wir dann draussen vor der Tür noch einen Partner: das autokratische Weissrussland.

3. Globalisierung für die Multinationalen, Fesseln für die KMU-Schweiz

Während sich die Scheuklappen-Schweiz abkoppeln und auf eigenes Recht zurückziehen will, soll ihre Wirtschaft sich öffnen und internationalisieren.

Paradoxerweise strebt die Aussenwirtschaftspolitik der SVP eine Schweiz an, die sich weltweit vernetzt, die Interessen der europäischen und aussereuropäischen Wirtschaftspartner kompetent und effizient bedient und unser Land zu einem idealen Standort für global agierende Headquarters entwickelt. Gleichzeitig sind die Vertreter dieser Wirtschaftspolitik überzeugt, dass die Schweiz ihre Beziehungen zur Welt umso erfolgreicher gestaltet, je entschiedener sie sich von der Wirtschaftsordnung der EU und ihrem Recht distanziert. Wie gut sind die Karten einer Wirtschaftsnation Schweiz, die von „fremden Richtern“ nichts wissen, aber von einer hoch integrierten Weltwirtschaft innovativ und flexibel profitieren will?

Die Karten sind vor allem ungleich verteilt. Ein offener Zugang zum Markt und zum Rechtsraum der EU ist nicht für alle Player gleich wichtig. Nestlé, UBS, CS, Swiss Re, Novartis und Ems Chemie etc. bewegen sich routiniert über alle Landesgrenzen hinweg. Ihre juristischen Berater finden sich in den Rechtsverhältnissen der USA oder Chinas ebenso zu Recht wie im Unrecht der nicht geringen Zahl von Staaten, die ihre grundlegenden Funktionen nicht (mehr) erfüllen können (failed states). Auch für Multis ist Rechtssicherheit zwar wichtig; aber sie können abwandern, sich die vorteilhaftesten Standorte aussuchen und sich über Niederlassungen auch im Rechtsraum der EU einen Zugang sichern. Demgegenüber ist die KMU-Schweiz auf den Rechtsschutz durch Staatsverträge angewiesen. Mit ihrer engen Bindung an (Fach-)Hochschulen und an den schweizerischen Arbeitsmarkt ist sie bei aller Innovationskraft vom freien und rechtlich gesicherten Zugang zum europäischen Markt abhängig. Sonst wird sie unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt. Der KMU-Schweiz Steine in den Weg zu legen, bedeutet nicht nur, die Wertschöpfung der Schweiz entscheidend zu schwächen und sie zu desindustrialisieren, sondern auch die Schweiz vom Klumpenrisiko standortoptimierender Multis und von Entscheiden in ausländischen Kommandozentralen mit oft ganz anderen Kulturen abhängig zu machen.

4. Abbau der sozialen Errungenschaften: Ungleiche Chancen

Die Scheuklappen-Schweiz geht davon aus, dass jede und jeder des eigenen Glückes Schmied sind. Und sie setzt auf die traditionelle Familie, obwohl es sie in dieser Form immer weniger gibt. So wird die herkömmliche Familie zur Ikone. Abweichende Lebensformen werden als Fehlentwicklungen qualifiziert. Staatliche Sozialwerke, die der Absicherung von Lebensrisiken dienen, werden nur soweit unterstützt, als sie den ideologischen Vorstellungen der Scheuklappen-Schweiz entsprechen. Deshalb ist die AHV, die für die Schweiz bis heute identitätsstiftend ist, einstweilen noch unangreifbar. Neuere Formen der Armut oder Ausgrenzung werden hingegen nicht als Risiken anerkannt. An Arbeitslosigkeit, Bildungsdefiziten, Krankheit, Armut und Ausgrenzung ist jeder selber schuld. Strukturelle Ursachen der Armut und Ausgrenzung wie Konjunktur, Verwerfungen des Arbeitsmarktes, erhöhte Anforderungen an die Produktivität, ungleiche Bildungschancen usw. begründen keine gesellschaftliche Verantwortung.

Um die Bevölkerung gegen gesellschaftliche Problemlagen zu immunisieren, initiieren die Verfechter der Scheuklappen-Schweiz ihre populistischen Kampagnen. Diese folgen einem einfachen Schema. Erstens werden unliebsame Gruppen (Asylbewerber, Behinderte, Sozialhilfeempfänger usw.) in Verruf gebracht. Betrugs- und Einzelfälle, die es in jedem System gibt, werden hochgekocht und ganze Gruppen unter Generalverdacht gestellt. Auf die Diffamierung einzelner Gruppen folgt zweitens die Diskreditierung der Institutionen, die sich für sie einsetzen (Sozialdienste, Strafvollzugsorgane, Schulen, Integrationsprogramme usw.) Sie werden einer Kuschelpolitik und der Verhätschelung bezichtigt. Damit wird die Glaubwürdigkeit der Institutionen und werden die geltenden Standards in Frage gestellt. Die Kampagnen enden drittens damit, dass Diskriminierungen erwogen oder beantragt, der Abbau von Leistungen und der Entzug oder die Einschränkung von Rechten gefordert werden.

So unterhöheln die Verfechter der Scheuklappen-Schweiz die Solidarität als Grundprinzip des menschlichen Zusammenlebens. Sie weigern sich, soziale Ursachen für Armut und Ausgrenzung anzuerkennen, und stempeln benachteiligte Gruppen zu Profiteuren. So wird in der Scheuklappen-Schweiz die „soziale Frage“ liquidiert und die Sozialpolitik in Sparpolitik umgebogen. Statt Gleichberechtigung zu fördern wird soziale Ungleichheit zementiert. Angeblich volksnah, dient solche Umpolung den Interessen der Reichen und ihrer Privilegierung. Gleichzeitig entzieht sie dem Gemeinwesen die nötigen Mittel und zwingt die öffentlichen Haushalte zu weiterem Sozialabbau.

Die Geschichte ist offen. Sie lässt sich beeinflussen. Allerdings braucht man dazu eine Perspektive. Geschichte schreibt, wer in der politischen Ausmarchung seine Perspektive gegen andere Perspektiven durchzusetzen weiss.

Niemand zwingt uns, über die vielfältige Wirklichkeit moderner Gesellschaften einen auf Abstammung rekurrierenden Volksbegriff zu stützen. Niemand zwingt uns, das Erbe der Aufklärung, den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, aufzugeben und gegen eine Totaldemokratie einzutauschen. Es besteht kein Zwang, die Schweiz von der wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklung Europas abzukoppeln, für unsere KMUs Marktbarrieren aufzurichten und auf ein Offshore-Paradies für steueroptimierende Multis und die Reichen dieser Welt zu setzen. Niemandem darf es gelingen, benachteiligte Gruppen zu diskreditieren, die Sozialrechte abzuschaffen und die Legitimation der staatlichen Institutionen zu schwächen. Denn: Es gibt sie, die andere, die bessere Schweiz!

Die weltoffene, humanitäre Schweiz in der Welt des 21. Jahrhunderts

1. Die Schweiz als informierte Demokratie

Die Hoch-Zeit der politischen Ideologien ist vorbei. Die gemeinsame Abwehr im Kalten Krieg hat die parteipolitischen Gegensätze eingeebnet. Die enge Bindung

zwischen Parteien und sozialen Milieus hat sich gelockert und aufgelöst. Bis in die 1980er Jahre hatten Parteizeitungen in vier Sprachregionen für einen Pluralismus an Ideen, Meinungen und Akteuren gesorgt. Inzwischen ist die Vielfalt der Meinungspressen einem kommerzialisierten und hoch konzentrierten Mediensystem gewichen. Gratismedien und Billig-Journalismus besitzen darin die grösste Verbreitung. Am meisten Resonanz findet heute, wer am lautesten schreit, am plakativsten politisiert und die Welt in gut und böse einteilt.

Eine informierte Demokratie lebt vom Austausch und von der Abwägung von Argumenten. Sie ist mit dauernd geschürter Empörung, mit der politisch und medial bewirtschafteten Bipolarität von Volk und „classe politique“, Einheimischen und Fremden schlecht bedient. Damit sich in Parlament und Öffentlichkeit die besseren Argumente durchsetzen können, braucht es Medien, die sich differenzieren, von Sachkunde geleitete Analysen leisten und leisten können. Daran fehlt es mehr denn je. Denn das Aufkommen der Scheuklappen-Schweiz geht einher mit einer in der schweizerischen Geschichte einmaligen Konzentration im Medienwesen, mit zunehmender Boulevardisierung, der Expansion eines qualitätsschwachen und auf Lautstärke getrimmten Billig-Journalismus und einem massiven Abbau des professionellen Informationsjournalismus.

Eine Demokratie, die etwas auf sich hält, sorgt dafür, dass in der Medienlandschaft die Vielfalt der Meinungen zum Ausdruck kommt und ein sorgfältiger öffentlicher Diskurs stattfinden kann. Sie bestimmt zwar keinesfalls die Inhalte, aber sie bekämpft Marktverzerrungen, fördert die Unabhängigkeit der Redaktionen, stützt den Service Public und schafft ein Gegengewicht zum Abfluss der Werbemittel hin zu multinationalen Unternehmen und ihren Suchmaschinen, Social Networks und Online-Rubriken.

Eine informierte Demokratie entwirft sich nicht als Insel, sondern stellt sich heutigen Realitäten. Sie reflektiert die Veränderungen, die sich für die Schweiz aus dem Ende des Kalten Kriegs ergeben haben: die Verlagerung der globalen Schwerpunkte von Westen nach Osten in den Grossraum Asien-Pazifik; die schwindende Bereitschaft anderer Länder, die Schweiz als Sonderfall zu behandeln; und die daraus erwachsende Notwendigkeit, sich wie alle anderen als gewöhnliches europäisches Land – und zusammen mit ihnen – in der Welt des 21. Jahrhunderts behaupten zu müssen.

2. Die Schweiz als humanitäre Vorkämpferin und geachtete Mittlerin in der Weltinnenpolitik

Die Schweiz pflegt seit jeher gute Beziehungen zu allen Nationen, betont die Schlüsselrolle des Völkerrechts, engagiert sich für den zwischenstaatlichen Dialog und die friedliche Beilegung von Konflikten, tritt für Menschenrechte und Humanität ein, bietet „Gute Dienste“ an und investiert in die Entwicklungszusammenarbeit mit dem verfassungsmässigen Ziel, Not und Armut zu lindern, die Menschenrechte und die Demokratie zu fördern, zu einem friedlichen Zusammenleben und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

beizutragen. Es gilt, diese Stärken unserer Aussenpolitik zu stärken. Sie verschaffen dem Kleinstaat Schweiz weit über seine „natürliche“ Grösse hinaus Achtung und Gewicht und empfehlen die Schweiz, die keine Machtpolitik betreibt und betreiben kann, als Mittlerin in nationalen und internationalen Konflikten. So leistet die Schweiz schon heute gute Dienste in der OSZE, der UNO und ihren Unterorganisationen.

Die Stärkung bisheriger Stärken der schweizerischen Aussenpolitik liegt übrigens auch im eigenen Interesse. Denn als Kleinstaat, der jeden zweiten Franken im Ausland verdient, ist die Schweiz auf Frieden und Stabilität, auf rechtlich gesicherte internationale Beziehungen und somit auf das Völkerrecht angewiesen.

Besondere Herausforderungen erwachsen der Schweiz heute aus ihrer humanitären Tradition. Zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Kriegsflüchtlinge, die lediglich ihr Leben retten konnten, auf über 50 Millionen. Die Zunahme von „failed states“, von grenzüberschreitenden Bürgerkriegen und existenzieller Not in weiten Teilen des nahen und mittleren Ostens und in Nordafrika zeigt, dass eine Neuregelung der Weltinnenpolitik nach dem Kalten Krieg noch nicht gefunden wurde. Die Antwort der EU und der mit zum Schengenraum zählenden Schweiz auf das Flüchtlingsproblem besteht zur Hauptsache darin, die „Festung Europa“ auszubauen. Damit wird Europa weder dem Flüchtlingsproblem noch seiner humanitären Verpflichtung gerecht. Diese hört nicht an den Aussengrenzen des Schengenraums auf. Erst, wenn die Stabilisierung der Welt jenseits dieser Grenzen zum Hauptziel gemacht wird und den Flüchtlingen mit humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in den betroffenen Gebieten und ihren von Flüchtlingsströmen überschwemmten Nachbarregionen zum Überleben und zu Perspektiven verholfen wird, kann von Flüchtlingspolitik im eigentlichen Sinn gesprochen werden. Ohne Zweifel sind Flüchtlings- und Migrationspolitik Herausforderungen, die nur in zwischenstaatlicher Absprache und mit gemeinsamen Anstrengungen bewältigt werden können. Wobei die Verantwortung nicht den Ländern an den Aussengrenzen zugeschoben werden darf, sondern von allen, unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, mitgetragen werden muss. Hier sollte die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition eine Vordenker- und Vorreiterrolle übernehmen, nicht anders als damals bei der Gründung des IKRK.

3. Die Grundrechts- und Menschenrechtsschweiz

Unsere Bundesverfassung ist eine der ältesten Verfassungen der Welt. Der Schweizer Bundesstaat war 1848 die erste freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie in Europa. Die Gründer unseres Bundesstaates waren sich einig, dass das Ziel der Demokratie nicht in der schrankenlosen Freiheit einer Mehrheit, sondern in der Freiheit aller besteht. Darum gehören die Grund- und Menschenrechte zum politischen Erbe, zum Selbstverständnis und zu den Wesensmerkmalen unseres Staates. Sie binden alle staatlichen Organe, insbesondere den Gesetzgeber.

In unserem Bundesstaat sind die Grundrechte nie als vom Staat geschaffen und gesetzt, sondern stets als vom Staat anerkannt und gewährleistet verstanden worden. Die Würde des Menschen, seine Freiheit und rechtliche Gleichheit stehen nicht zur Disposition. Sie sind Legitimation und Grundlage des demokratischen Rechtsstaates und damit auch eine - verpflichtende - Rahmenordnung für die Politik. Sie sind übergeordnetes Recht.

Die Schweiz hat sich seit jeher bemüht, die Grund- und Menschenrechte auch völkerrechtlich zu verankern. Der Neuenburger Emer de Vattel hat mit seinem 1758 erschienen „Droit des gens“ nicht nur die amerikanische Verfassung (Virginia Bill of Rights) beeinflusst, die wiederum zum Vorbild unserer Bundesverfassung wurde. Er begründete in seinen rechtsphilosophischen Beiträgen, die das Verständnis des Völkerrechts bis heute prägen, auch den übergeordneten Charakter der Grund- und Menschenrechte.

Die Schweiz hat im Völkerrecht Pionierarbeit geleistet. Dies gilt für das humanitäre Völkerrecht, dessen Geburtsstunde Henry Dunants erste Genfer Konvention darstellt und dessen Weiterentwicklung die entscheidenden Impulse dem IKRK verdankt. Die Schweiz hat aber auch in anderen Bereichen wichtige Vorarbeiten für völkerrechtliche Abkommen geleistet, so im internationalen Wirtschaftsrecht (WTO) oder zugunsten der internationalen Gerichtsbarkeit in Den Haag (Max Huber).

Diese Tradition gilt es fortzuführen und weiterzuentwickeln. Art. 54 der Bundesverfassung erklärt die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der Demokratie zu elementaren Zielen unserer Aussenpolitik. Die Menschenrechte und die Demokratie weltweit zu stärken gelingt uns nur, wenn wir uns international und in internationalen Organisationen engagieren und den Austausch gemeinsamer Erfahrungen und Wertvorstellungen suchen. Auch können wir nicht erwarten, dass unser Rat und unsere Vorschläge zur Praktizierung von Menschenrechten gehört und ernstgenommen werden, wenn wir nicht selbst bereit sind, Hinweise und Kritik an unserer eigenen Menschenrechtspraxis entgegenzunehmen. Wie wollen wir den Zivilisationsprozess durch internationales Recht bereichern, wenn wir uns von den zentralen Institutionen zum Schutz der Menschenrechte absetzen?

4. Die Wirtschaftsschweiz der gleich langen Spiesse

Vor allem die innovativsten Unternehmen der Schweizer Wirtschaft, die KMUs, sind da-rauf angewiesen, ihre grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen in stabilen Rechtsgemeinschaften zu entfalten; in einem rechtlichen Rahmen, der ihnen vertraut ist und mit dem sie sich im Lauf der Zeit immer vertrauter machen. Dabei erfahren sie, dass sie sich auf Regeln einlassen, die nicht immer einfach, aber durchschaubar und aufs Ganze gesehen verlässlich sind. Sie lernen auch die Prozesse kennen, in denen über Spielregeln entschieden wird, und sie verstehen, dass ihnen „fremde Richter“ auch dort, wo die Jurisdiktion der eigenen nichts

auszurichten vermag, zu ihrem Recht verhelfen. Enge und zuverlässige Beziehungen zur EU sind die selbstverständliche Folge und zugleich die Voraussetzung ihres wirtschaftlichen Alltags. Schliesslich entdecken sie auch, dass sich in der Wirtschaftspolitik der EU die gleichen ordoliberalen Prinzipien niederschlagen wie in den wirtschaftlichen Leitbildern des eigenen Landes: Vertrauen in die Koordinationsleistungen der Märkte, aber auch Einsicht in die Unverzichtbarkeit einer staatlichen Bildungs-, Sozial-, Umwelt- und Raumpolitik. Sie wissen um die Bedeutung des sozialen Lernens in einer komplexen Welt, weil sich die längerfristige Entwicklung nicht aus Markinformationen ableiten und erst recht nicht danach steuern lässt.

Nach den jüngsten Europawahlen scheinen nun allerdings die politischen Machtverhältnisse innerhalb der EU und ihr institutionelles Gefüge in Bewegung zu geraten. Für manche Beobachter steht zur Zeit genau das auf dem Spiel, worauf es so sehr ankommt: Die Stabilität und Verlässlichkeit der Wirtschaftsordnung und des Wirtschaftsrechts. Der Club Helvétique hält die Befürchtungen für unbegründet. Die EU durchläuft zur Zeit Prozesse der Demokratisierung und der Pluralisierung des Parteiengefüges. Die EU und ihre Entscheide werden in den nationalen Medien stärker wahrgenommen und breiter diskutiert. Es wird künftig schwerer fallen als bisher, Recht zu ändern und Recht zu setzen, weil politische Opposition wie in allen Demokratien das Tempo des Wandels drosselt.

Die Schweiz tut gut daran, sich nicht von einer Wirtschaftsordnung zu distanzieren, die so umfassend ist, dass sie auch Multis und die Finanzindustrie in Pflicht nehmen und uns vor den negativen Folgen eines unregulierten Steuer- und Standortwettbewerbs bewahren kann.

Der Rückzug auf eine nur nationalstaatliche Wirtschaftspolitik ist demgegenüber weder liberal noch erfolgversprechend. Die Schweiz würde ihre innovativen KMUs behindern und dafür noch mehr unseriöse Briefkastenfirmen und Holdings multinationaler Unternehmen mit zweifelhaftem Ruf anziehen. Wie die Erfahrungen mit unserer Finanzwirtschaft zeigen, lohnen sich unethische Geschäftsmodelle auf Kosten Dritter à la longue nicht. Der lange gepflegte Ruf der Seriosität des schweizerischen Finanzplatzes ist in kurzer Zeit zerstört worden. Letztlich haftet die Allgemeinheit für Verstösse gegen die ethischen Grundlagen des Wirtschaftens. Sie und der soziale Zusammenhalt tragen den Schaden, den die entfesselte Gier einer lichtscheuen Offshore-Wirtschaft anrichtet.

Die Wirtschaftsschweiz der gleich langen Spiesse verschafft hingegen ihren KMUs den Zugang zu Europa und der Welt. Sie besteht aus einem seriösen Finanzplatz, der Flucht- und Blutgelder jeder Art meidet, und aus verantwortlichen multinationalen Unternehmen, die einsehen, dass sie in erster Linie in einer Welt von stabilen Stake- und nicht von labilen Shareholdern leben.

5. Die vorausschauende, umweltgerechte Schweiz

Schweizerinnen und Schweizer wollen vorsorgen. Sie sind auf Sicherheit bedacht. Nirgends wird mehr Geld für Versicherungen ausgegeben als in der Schweiz.

Nicht nur die Einzelnen, auch Gemeinwesen sind wohlberaten vorzuschauen und vorzusorgen. Es ist unserem Land gut bekommen, dass es die politischen Entscheide in vielen Fällen nach dem Vorsorgeprinzip gefällt hat: in der Bildungs- und Wissenschafts-, in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Für die Umwelt- und Energiepolitik sind Weitblick und Vorsorge zentral. Die Schweiz hat darin Tradition. Sie war eine Pionierin im Gewässerschutz; dank Schutzmassnahmen und Kläranlagen ist die Qualität unserer Gewässer vorbildlich. Die Schweiz verfügt über eine leistungsfähige Infrastruktur und hohe Standards bei der Abfallentsorgung. Auch die Luftschadstoffe konnten deutlich reduziert werden. Die Schweiz setzt Anreize zu Verbesserungen und Einsparungen im Energiebereich und fördert erneuerbare Energieträger, wo dies ökologisch sinnvoll ist. Eine ganze Reihe von Gemeinden hat sich dem Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft verpflichtet, und die Anzahl der Schweizer Gemeinden mit dem Label „Energistadt“ steigt wöchentlich.

Dennoch beträgt der ökologische Fussabdruck der Schweiz hochgerechnet auf die Weltbevölkerung immer noch 2,8 Planeten. Wir decken unseren Energieverbrauch zu 80 Prozent mit Importen aus dem Ausland. Der grösste Teil davon sind fossile Brennstoffe. Und was die Biodiversität betrifft, stehen 36 Prozent der einheimischen Tier- und Pflanzenarten auf den sogenannten „Roten Listen“; sie sind verschollen, bereits ausgestorben oder jedenfalls stark gefährdet.

Eine vorausschauende, vorsorgende Schweiz will künftigen Generationen gute Perspektiven hinterlassen. Sie bemüht sich um Ressourceneffizienz. Ein Teil unserer produzierenden Industrie hat die Chance gepackt und Produkte und Prozesse entwickelt, die mit weniger Material und Energie einen höheren Nutzen stiften, und dies erst noch zu geringeren Preisen. Sie dämmen damit nicht nur den Ressourcenverbrauch ein, sondern steigern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Damit diese Haltung in Wirtschaft und Bevölkerung breiter Fuss fasst, müssen wir unsere Rahmenbedingungen so ändern, dass umweltschonende Innovationen belohnt und der Ressourcenverbrauch eingeschränkt wird.

Eine „Ressource“, die die Schweiz und ihre Identität prägt wie keine andere, sind die Schweizer Landschaften. Es gilt, ihnen Sorge zu tragen und sie vor Zersiedlung zu bewahren. Siedlung und Landschaften sollen so entwickelt werden, dass das Potenzial der Swissness, Natur, schöne Landschaften, hohe Lebensqualität, die mit zunehmender Urbanisierung nur noch wertvoller werden, auch späteren Generationen erhalten bleibt.

Eine vorausschauende und vorsorgende Schweiz ist sich bewusst, dass Umweltpolitik zu einem entscheidenden Teil internationale Politik ist. Der Klimawandel, das Schwinden der Gletscher, Überflutungen und rutschende Hänge lassen sich mit einer auf die Schweiz beschränkten Umweltpolitik nicht stoppen. Eine erfolgreiche Umweltpolitik verlangt nach internationaler Vernetzung, gemeinsamem Vorgehen und verbindlichen Abkommen – nach Umweltvölkerrecht.

6. Die sozial- und fiskalpolitisch gerechte Schweiz

Auch eine fiskal- und sozialpolitisch gerechte Schweiz baut auf Tradition auf. Diese hat sich, gleichzeitig mit der Demokratisierung, in der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts herausgebildet. Ihr Erbe sind die Sozialwerke. Sie stellen insgesamt eine Erfolgsgeschichte dar. Mängel, Doppelspurigkeiten und Fehlallokationen brauchen deshalb nicht verschwiegen zu werden. Vielmehr sind sie in konstruktiven politischen Prozessen zu beheben. Dabei muss sich Sozialpolitik an den strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung orientieren und sich den Herausforderungen des sozialen Wandels stellen. Und sie hat die Auswirkungen der Globalisierung auf die gesellschaftliche Entwicklung in der Schweiz mitzubedenken.

Eine gerechte Sozial- und Fiskalpolitik beruht auf den beiden verfassungsmässigen Grundprinzipien der Solidarität und der Eigenverantwortung. Sie sind auf die realen Lebenswelten und Lebenschancen zu beziehen und in politischen Aushandlungsprozessen stets neu zu konkretisieren. Für die soziale Sicherheit sind Vertrauen und Berechenbarkeit zentral. Deshalb müssen die Sozialwerke finanziell nachhaltig ausgestaltet werden.

Der gerechte Sozialstaat grenzt Menschen nicht aus, sondern bietet Chancen und Lebensperspektiven. Soziale Gerechtigkeit bedeutet überdies mehr als finanzielle Umverteilung; sie schliesst Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe mit ein. Steuergerechtigkeit gehört spiegelbildlich mit dazu. Eine einseitige Belastung des Mittelstandes erodiert den sozialen Zusammenhalt. Die Überwälzung privater Risiken auf die Allgemeinheit der Steuerzahler, wie sie inzwischen mehr und mehr zur Norm wird, gilt es zu unterbinden. Es bedarf wirksamer Mittel, um Individuen und Unternehmen die Steueroptimierung zu erschweren und sie zu Abgaben entsprechend ihrer Leistungskraft zu verpflichten. Ein wachsendes Reichtumsgefälle ist einer harmonischen Entwicklung der Gesellschaft und ihrem Zusammenhalt abträglich. Es widerspricht der Tradition einer sozial- und fiskalpolitisch nach Gerechtigkeit strebenden Schweiz.

7. Die Schweiz als Ort kreativer kultureller und wissenschaftlicher Reflexion

In der Schweiz gibt es eine beeindruckende kulturelle Vielfalt. Sie wurzelt in der lokalen Tradition und speist sich aus dem globalen künstlerischen und wissenschaftlichen Diskurs. In der wissenschaftlichen Forschung gilt die Schweiz, gemessen an ihrer Grösse, als eines der erfolgreichsten Länder der Welt. Sie hält diese Position nur deshalb, weil sie international vernetzt ist und sich Wissenschaft und Forschung an Qualität und nicht an nationalen Grenzen orientieren. Die Qualität und Attraktivität unsere Hochschulen sind für die Schweiz nicht nur als Motor der ökonomischen Entwicklung wichtig. Sowohl Kunst als auch Forschung stellen gleichsam offene Fenster zur Welt dar; sie kompensieren damit die geographische Enge unseres Kleinstaates. Eine Scheuklappen-Schweiz würde beiden Bereichen den Nährboden entziehen und uns dem Provinzialismus ausliefern.

II. Welche Schweiz wollen wir?

Nach Jahren der Simplifizierung, in denen der Rechtspopulismus gegen Fremde und die classe politique loszog, mit der Skandalisierung von Einzelfällen die Volksseele hochkochte, das Politische auf wenige Scheingegensätze zusammenstauchte und damit den Medienpopulismus befruchtete, stehen wir nun in zwei Jahren endgültig am Scheideweg. Zwei Jahre bleiben, um die Auseinandersetzung aus ihrer rechtspopulistischen Fixierung zu befreien und auf die entscheidenden Fragen hin zu öffnen. Welche Schweiz wollen wir? Zur Wahl stehen:

1. Die Scheuklappenschweiz

Propagandistisch und in den Köpfen vieler Bürgerinnen und Bürger ist die Schweiz eine Insel der Glückseligen. Hier wohnt ein gutes, rechtschaffenes Volk, das unbeschränkt über alles bestimmt, in traditionellen Familien zusammenlebt und sich beständig gegen böse Fremde und die classe politique zur Wehr setzen muss.

An diesem Mythos ist – bis auf das Glück, hier zu leben – alles falsch: Wir sind keine Insel. Es gibt weder „das Volk“ noch ein moralisches Gefälle zwischen „gutem“ Volk“ und „bösen“ Fremden und Eliten. Viele leben nicht mehr in klassischen Familien. Und was uns im Leben widerfährt, ist längst nicht immer selbstverschuldet.

Wählen wir die Scheuklappen-Schweiz, schlagen wir uns erstens auf die Seite der Unrechtsstaaten. Wir brechen mit der Tradition der Grund- und Menschenrechte, die in der Bundesverfassung und in der Europäischen Menschenrechtskonvention verbrieft sind, geben den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat auf und stellen mit der gleichen Würde aller Menschen auch jenes Prinzip in Frage, auf dem die Demokratie beruht. Ausserhalb des Europarates haben wir in Europa dann nur noch einen Partner: das autokratische Weissrussland.

Wählen wir diese Schweiz, entscheiden wir uns zweitens für eine Aussenwirtschaftspolitik, die den innovativen KMUs Steine zum europäischen Markt in den Weg legt und die Desindustrialisierung unseres Landes weiter vorantreibt. Gleichzeitig bleiben wir beim Rosinenpicken, richten für multinationale Unternehmen Steuernischen ein und geraten damit immer mehr unter den Druck der OECD-Länder und in die Abhängigkeit von Steuerflüchtlings- und standortoptimierenden Unternehmen von zweifelhaftem Ruf.

Wählen wir diese Schweiz, entscheiden wir uns drittens für ein sozial- und fiskalpolitisch kaltes Land, das mit den Sozialwerken das Erbe der letzten 150 Jahre, den gesellschaftlichen Konsens, den Wohlstand und den Arbeitsfrieden, aufs Spiel setzt. Wir wählen eine Schweiz, die vor Armut und Ausgrenzung die Augen verschliesst, weil sie sich weder um ihre Ursachen noch um ihre Opfer kümmern will; und schliesslich entscheiden wir uns für eine Schweiz, die die traditionelle Familie mit ihren Geschlechterrollen zum Muster und Massstab erklärt.

2. Die weltoffene und humanitäre Schweiz

Wählen wir die weltoffene, humanitäre Schweiz, entscheiden wir uns erstens für eine informierte Demokratie, die dafür sorgt, dass die sanfte Gewalt des besseren Arguments nicht im Marktgeschrei des politischen und des Medienpopulismus untergeht. Gleichzeitig halten wir an der Tradition der Konkordanz fest, an der gemeinsamen Problemlösung im Dienste aller und am kollegialen Umgang mit- und untereinander.

Wählen wir diese Schweiz, entscheiden wir uns zweitens dafür, die Grund- und Menschenrechte hochzuachten. Humanität und die Würde des Menschen müssen auch demokratischen Mehrheiten gegenüber eingefordert werden können, ansonsten sich diese nicht von der aristotelischen Pöbelherrschaft unterscheiden. Gleichzeitig votieren wir für eine Schweiz, die sich als humanitäre Vorkämpferin und geachtete Vermittlerin für die Stabilisierung von Krisengebieten einsetzt und sich darum bemüht, den betroffenen Bevölkerungsgruppen mit Überlebenshilfe und Entwicklungszusammenarbeit neue Perspektiven zu öffnen.

Wählen wir diese Schweiz, entscheiden wir uns drittens für einen Wettbewerb der gleich langen Spiesse und eine Wirtschaftsaussenpolitik, die unseren innovativsten Unternehmen, den KMUs, den Zugang zu Europa und der Welt erleichtert und nicht erschwert und die aus den destruktiven Folgen der Globalisierung in einem unregulierten Steuer- und Standortwettbewerb die Lehren gezogen hat. Wir entscheiden uns gegen die Risiken einer Offshore-Ökonomie und für eine integrierte, auf Forschung, guter Infrastruktur und stabilen Stakeholderbeziehungen aufbauende Wirtschaft.

Wählen wir diese Schweiz, entscheiden wir uns viertens vorausschauend, vorsorgend und innovativ für eine Umwelt, in der Swissness weiterhin für herausragende Natur- und Lebensqualität, aber auch für eine nachhaltige Cleantech-Wirtschaft steht. Zugleich sind wir uns bewusst, dass sich das Schmelzen der Gletscher, Überflutungen und rutschende Hänge nur in solidarischer internationaler Zusammenarbeit und mit Umweltvölkerrecht stoppen lassen.

Wählen wir diese Schweiz, entscheiden wir uns fünftens für einen Sozialstaat, der die Menschen zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe befähigt und ihnen Chancen und Lebensperspektiven bietet. Wir streben sozial- und fiskalpolitische Gerechtigkeit, eine harmonische Entwicklung der Gesellschaft und gesellschaftlichen Zusammenhalt an.

Wählen wir diese Schweiz, dann bewahren wir sie sechstens vor einem kulturellen und wissenschaftlichen Provinzialismus und entscheiden uns für eine selbstbewusste, offene Schweiz, die sowohl lokale Traditionen als auch, hoch vernetzt, den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch pflegt.

Wir sind überzeugt, dass diese Schweiz eine bessere Schweiz ist und dass sie die Köpfe und Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger gewinnt.